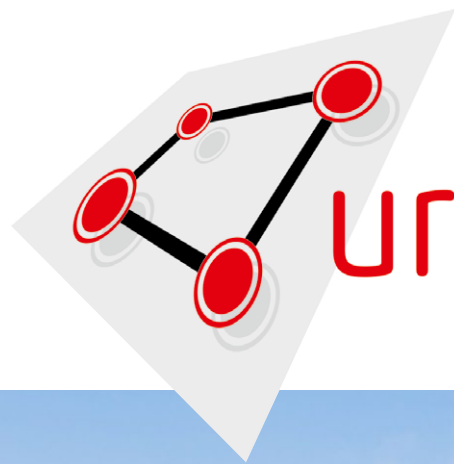




zukunft_findet_stadt: **Urbane Herausforderungen**

London. Unterwegs in
einer umkämpften Metropole

Buchvorstellung von Gabriele Matzner

S 3

Eine Stadt und ihr Flughafen

Gastkommentar von Julian Jäger

S 4

Was niemandem nützt

Kommentar zur Verlegung von Bundesbehörden
von Bernhard Müller

S 5

Tatort Gemeindeamt

Gastkommentar zu rechtlichen Gefahren für
BürgermeisterInnen von Dieter Neger

S 6



Bernhard Müller, BA, MPA

ist Generalsekretär von
Urban Forum.

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Nach den zum Teil sehr unterschiedlichen Wahlergebnissen in den Ballungszentren und Landgemeinden, sowohl bei den Urnengängen zur Entscheidung über den künftigen Bundespräsidenten, als auch bei der Nationalratswahl, wurde von vielen politischen Beobachtern und Journalisten die tatsächliche oder vermeintliche Kluft zwischen „Stadt“ und „Land“ skizziert, beurteilt und teilweise – man muss es so sagen – auch herbeigeredet.

Es wird daher für die republikanische und föderale Politik unseres Landes hinkünftig noch wichtiger werden, endlich in größeren, gesamtstaatlichen und europäischen Zusammenhängen zu denken. Mit Bund gegen Länder, diese wiederum versus Kommunen, mit Stadt gegen Land, Groß gegen Klein werden wir nicht nur nicht mehr weiterkommen, sondern auch den seit 1945 hart erkämpften Wohlstand verspielen. Die Lage ist ernst, aber (noch) nicht hoffnungslos. Einige Beispiele machen jedenfalls Mut. Als großartige Initiative von Österreichischer Raumordnungskonferenz (ÖROK) und Österreichischem Städtebund kann der Stadtregionstag bezeichnet werden, der heuer bereits zum 5. Mal ausgetragen wurde.

Stadtregionen können der lang gesuchte und ersehnte professionelle Ausweg aus dem leidigen Separatismusdenken und -handeln „Stadt gegen Land und umgekehrt“ sein, wie das Erfolgsmodell „Lienzer Talboden“ beweist, wo die Stadt Lienz als Herz für die Region akzeptiert und deren Kraft mittels Wirtschaft und Tourismus als Chance für das Umland und gesamt Osttirol begriffen wurde. Das Motto des diesjährigen Stadtregionstages in Lienz, „Ein gutes Leben für die Zukunft“, zeigt sehr deutlich, warum es Politik und Verwaltung immer zu gehen hat: Einsatz für die Menschen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Strukturen bzw. jahrzehntelangen, abstrusen und sinnentleerten Grabenkämpfen zu dienen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern. Das mag platt klingen, wird aber zurecht von ihnen erwartet. Dem Konzept der Stadtregionen wird dabei eine zentrale Rolle zukommen. Sie haben die wirkliche Chance zu Erfolgsmodellen zu werden.

**Urban Forum –
eine starke Stimme für die Städte!**

Wir wünschen allen Partnern und Freunden von Urban Forum sowie allen Lesern dieser Zeitschrift frohe Weihnachten und ein gutes Jahr 2018!

Impressum: **Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**

Chefredaktion: Mag.^a Marie Grüner | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: Liming Huang von Unsplash.com

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen, etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

Stäuber, Peter: London. Unterwegs in einer umkämpften Metropole

Anhand von Spaziergängen durch verschiedene Stadtteile, von der Finanzkapitalzentrale „City of London“ über die Wohnbezirke der Reichen bis zu den Randgebieten, schildert und analysiert der Autor, ein seit 7 Jahren in London lebender Schweizer Journalist, die multiplen Krisen dieser Metropole.

Als deren Hauptursache macht er die gravierenden Auswirkungen des großteils ungeregelten Turbo-Kapitalismus aus, der seit M. Thatcher, über die neoliberal gewendeten New Labour-Politiker bis zu den nun regierenden Konservativen, die Entwicklung der britischen Hauptstadt prägen.

Eine internationale Plutokratie, Oligarchen aller Herren Länder, oftmals „Steuerflüchtlinge“, „investieren“ ihr überschüssiges Kapital in Immobilien (oftmals teilweise leer stehende Luxus-Wohntürme) als Spekulationsobjekte, treiben die Preise in Schwindel erregende Höhen, mit der Gefahr neuer „Blasen“, und vertreiben normal Verdienende aus ganzen Stadtteilen. Der Autor spricht hier von „sozialen Säuberungen“.

Viele Bewohner müssen andererseits, wenn sie überhaupt eine Unterkunft finden (Stichwort: leben auf der Straße) mit Behausungen schlechter Qualität Vorlieb nehmen, deren Mieten kaum erschwinglich sind. Gemeindewohnungen wurden schon unter Thatcher (und danach auch Blair/Brown) privatisiert, sozialer Wohnbau findet kaum mehr statt. In den verbliebenen, aus Geldmangel großteils verwahrlosten „Council Estates“ leben, vielfach auf engstem Raum zusammengedrängt, zu 95% Sozialhilfeempfänger. Die finanziell unterversorgten Bezirksbehörden sind auf private, Profit orientierte „Bauentwickler“ und auf ebenso orientierte „Housing Associations“ angewiesen. Was deren Instandhaltungsmaßnahmen wert sind, hat man kürzlich beim Brand des Grenfell Tower erlebt. Auch privater, leistbarer Wohnbau ist unterentwickelt. Die als Austeritätspolitik verkaufte Kürzung von Wohn-

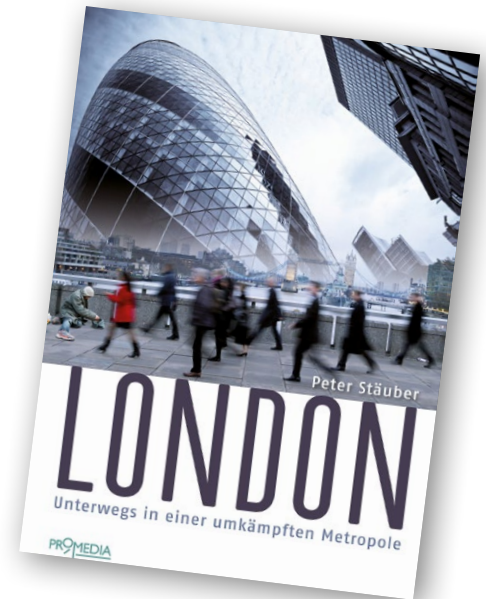
beihilfen unter den Tories seit 2010 (Stichwort: „bedroom tax“ für angeblich überflüssige Zimmer) und brutale Delogierungen haben die Lage noch verschärft. 2015 gab es in London 65.000 obdachlose Familien. Eine „defensive Architektur“ soll die „rough sleepers“ von den Türschwellen der Reichen fernhalten.

Neben periodischen sozialen Unruhen machen sich aber auch (Selbst-) Hilfe-Aktivitäten und Organisationen breit, die den durch Niedrigstlöhne bei Billigjobs existentiell Bedrängten zur Seite stehen (Food Banks, etc.) und beginnen, gegen die Verhältnisse zu mobilisieren. Selbst der neue Londoner Bürgermeister Sadiq Khan bekundet die Absicht, weitere Immobilienverkäufe an ausländische „Investoren“ bremsen zu wollen.

Eine weitere Entwicklung betrifft die Privatisierung ganzer „Räume“, öffentlicher Plätze, Straßen, Parks und Gebäude, „privately owned public spaces“ (POPS), die so - steril, eintönig, adrett - zu „toten“, für die Stadtbewohner verlorenen werden.

Insgesamt konstatiert der Autor den galoppierenden Verlust des „Rechts auf Stadt“ für das Gros der Bewohner Londons, das zu einer „Investitionszone für internationales Kapital“ verkommt.

Eine nicht bedachte oder beabsichtigte Folge des chaotischen Brexit scheint ein leichter Fall der Hauspreise zu sein, der mit der Gefährdung des Londoner Finanzplatzes einhergeht. An der Situation insgesamt wird das wohl sobald nichts ändern.



Promedia (2016) In:
<http://mediashop.at/buecher/london-2/>
(Abrufdatum 23.10.2017).
ISBN: 978-3-85371-408-9



Dr. Gabriele Matzner

ist Obfrau von Urban Forum,
Diplomatin i.R., Malerin und Autorin.

Eine Stadt und ihr Flughafen

Wien ist Weltstadt und hat die 2-Millionen-Einwohnergrenze bald wieder überschritten. Die Donau-Metropole ist Sitz vieler internationaler Organisationen sowie von hunderten Unternehmen, die ihre Mittel- und Osteuropa-Zentralen hier angesiedelt haben. Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt und Zentrum einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Europas. Was Wien dabei auszeichnet, ist unter anderem die hervorragende Lage im Herzen Europas. Dabei spielt die Erreichbarkeit auf allen Verkehrswegen eine wichtige Rolle – so auch in der Luft. Diese Erreichbarkeit kann nur mit hochwertiger Infrastruktur und ausreichender Kapazität gewährleistet werden. Ein gut funktionierender Flughafen mit vielen Direktverbindungen ist dafür unerlässlich.

Vienna Airport: Power House

Bereits heute ist der Standort Flughafen Wien ein enormer Faktor für die regionale Wirtschaft: 20.000 Menschen sind hier beschäftigt, über 230 Unternehmen angesiedelt. Doch die Wirkung geht weit darüber hinaus, denn zählt man etwa bei den Beschäftigungszahlen auch die indirekten (z.B. bei Zulieferern oder im Tourismus) und die induzierten (durch steigende Kaufkraft generierten) Effekte hinzu, hängen rund 60.000 Jobs an der Luftverkehrswirtschaft in und rund um Wien. In ganz Österreich erwirtschaftet die Luftfahrt insgesamt etwa 1,8 % des BIP.

Wien wächst übrigens nicht nur bei der Bevölkerung. Wien Tourismus legt etwa für 2016 Rekordzahlen vor, wonach es in Wien über 15 Millionen Nächtigungen gab. Viele Tourist/innen reisen per Flugzeug an und die Tendenz ist steigend, nicht zuletzt wird auch gemeinsam mit dem Flughafen eine Wachstumsstrategie verfolgt. Den Faktor Flughafen für Unternehmensansiedlungen habe ich bereits erwähnt.

Für die Zukunft planen

Anbindung, Kapazität, Attraktivität des Standorts – all das kann langfristig nur gesichert werden, wenn die notwendige Infrastruktur rechtzeitig und in hoher Qualität zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere brauchen wir ausreichende Kapazitäten in den Spitzenstunden, die teilweise bereits heute an ihr Limit stoßen. Aus diesem Grund verfolgt die Flughafen Wien AG seit nunmehr 17 Jahren das „Projekt 3. Piste“, wovon fünf Jahre alleine für das größte Mediationsverfahren Europas investiert wurden. Das Verfahren über die Genehmigung der Piste ist allerdings noch nicht abgeschlossen: Nachdem das BVwG im Februar zu einer negativen Erkenntnis gelangte – das öffentliche Interesse an CO₂-Reduktion wiege schwerer als der gegebene Bedarf, neue Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum etc. – hat der VfGH dieses im Juni wiederum aufgehoben: Das BVwG habe „die Rechtslage mehrfach grob verkannt“. Das Verwaltungsgericht ist nun erneut am Zug. Mit einer endgültigen Entscheidung durch die Höchstgerichte ist bis 2020 zu rechnen, mit einem tatsächlichen Betrieb der 3. Piste jedoch nicht vor 2027.

Auch abseits dieses prominenten Projekts investiert der Flughafen Wien stark in seine Infrastruktur. Allen voran sind der Umbau des Terminals 2 und die Erweiterung des Terminals 3 zu nennen. Bis 2023 werden hier bis zu € 500 Mio. aufgewendet, um unseren Kunden/innen und Passagieren die besten Bedingungen bieten zu können. Doch ein Flughafen besteht nicht nur aus Landebahn und Terminal: Seit Jahren entwickelt sich die AirportCity zu einem der attraktivsten Standorte für neue Firmenansiedlungen in Ost-Österreich. Aufgrund der hohen Nachfrage wird derzeit ein neues Bürogebäude errichtet – insgesamt werden rund 25.000 m² an Büro- und Conferencingflächen im „Office Park 4“ zur Verfügung stehen. Bis 2020 investiert die Flughafen Wien AG dafür rund € 60 Mio.

Ausblick

Wie nun aber Beispiele wie die 3. Piste eindrücklich zeigen, sind für Infrastrukturprojekte oft jahrelange Verzögerungen im Genehmigungsprozess und die damit verbundenen, enormen Verfahrenskosten ein zentrales Problem, das Österreich und überhaupt Europa möglichst schnell beseitigen muss. Denn die notwendigen Investitionen verzögern sich oder bleiben aus, obwohl die Vorhaben und das nötige Geld vorhanden wären. Dabei verlieren wir alle. Vor allem ist der (scheinbare) Widerspruch von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu lösen. Die 3. Piste etwa deshalb nicht zu bauen, würde bedeuten, sehr viel zu verlieren (Jobs, Unternehmen, Wachstum, Anbindung), aber nichts dabei zu gewinnen (Kein Gramm CO₂ wird gespart, nur verlagert). Das ist sicherlich der falsche Weg. Denn Wien muss weiterhin gut angebunden und erreichbar sein. Nur so können wir den Wohlstand auch für kommende Generationen sichern. Der Flughafen Wien wird seinen Teil dazu beitragen!



Mag. Julian Jäger

ist Vorstandsmitglied der Flughafen Wien AG.



Was niemandem nützt

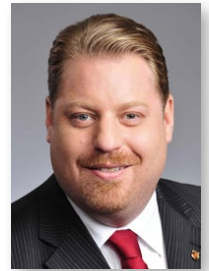
Nahezu überfallsartig hat Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter zeitgleich mit dem Beginn der Koalitionsverhandlungen angekündigt, das Bundesumweltamt von Wien nach Klosterneuburg zu verlegen. Weitere Behördenumsiedelungen sollen im Rahmen des „Masterplans für den ländlichen Raum“ folgen. Der Umzug des Umweltbundesamtes inklusive Neubau auf der grünen Wiese kostet laut übereinstimmenden Medienberichten 46 Millionen Euro und macht einen Großteil der rund 500 Beschäftigten zu Pendlern. Hans Rauscher hat im *Standard* treffend bemerkt, dass Klosterneuburg „praktisch ein Villenvorort von Wien“ ist und mit ruralen Regionen und ihren Sorgen nichts gemein hat.

Dennoch ist ein Umdenken nicht in Sicht. Laut Plan von Minister Rupprechter sollen in den nächsten Jahren 3.500 Jobs von Bundesbehörden in die Regionen wechseln. Niederösterreich zieht nun nach und will mit der „Offensive ländlicher Raum 2017-2022“ 500 Arbeitsplätze dezentralisieren. Jeder politische und wirtschaftliche Ansatz, wirklich dislozierten Räumen, weit abseits von urbanen und regionalen Zentren zu helfen, kann nur begrüßt werden. Aber dabei muss stets die Frage „Cui bono“ Leitfaden des eigenen Handelns sein. Bei der geplanten Umsiedelung von Bundesbehörden kommt man aber leider rasch zur Erkenntnis, dass dies niemandem nützt:

1. Werden durch den Umzug enorme Kosten verursacht, was Mittel aus den Fördertöpfen von Bund und Ländern bindet, die dringend für echte Regionsbelebungsmaßnahmen benötigt werden.
2. Werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur bestehende umgesiedelt.
3. Entstehen für die neuen Standortgemeinden der Behörden keine zusätzlichen Einnahmen, da Bundesbedienstete nicht der Kommunalsteuerpflicht unterliegen.
4. Werden tausende Menschen zu Pendlern gemacht, was weder deren Lebensqualität entgegen kommt, noch dem Umweltgedanken der kurzen Wege entspricht. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass damit das vom Landwirtschaftsministerium ausgegebene Ziel, das Stoppen der Landflucht, keineswegs erreicht werden wird.

Was Österreich wirklich braucht, sind nicht teure Behördenverlegungen, die sich als untaugliches Mittel erweisen werden, sondern endlich ein Weg von „Groß gegen Klein“ und ein Hin zu „Denken in Regionen“. Der ländliche Raum als so wichtige Lunge Österreichs, wird nur dann lebensfähig sein, wenn die urbanen und regionalen Zentren als starkes Herz für die Regionen schlagen. Der 5. Österreichische Stadtregionstag in Linz hat wieder einmal gezeigt, dass es gelingen kann, Regionen wie den „Lienzer Talboden“ zu prosperierenden und lebenswerten Räumen zu machen, wenn alle handelnden Personen (regionale und überregionale Politiker, Raumplaner, Regionalmanager etc.) an einem Strang ziehen. Aber als gelernter Österreicher verzagt man zuweilen an der beharr-

lichen Nicht-Umsetzung von Goethes Credo: „Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden; es ist nicht genug, zu wollen, man muss auch tun.“



Bernhard Müller, BA, MPA

ist Generalsekretär von Urban Forum.



**TAGUNGEN, SEMINARE, PRODUKT-
PRÄSENTATIONEN, PREISVERLEIHUNGEN,
KULTURELLE EVENTS, INCENTIVES,
MESSEN, FILMPREMIEREN**



Tatort Gemeindeamt - Rechtliche Gefahren für BürgermeisterInnen

Kommunalpolitiker stehen mit ihren Tätigkeiten zunehmend im Fokus der Gerichte und Behörden. Ihre Arbeit erfordert die peinliche Beachtung umfangreichster Rechtsnormen. Das Spannungsfeld zwischen bürgernaher Verwaltung und gesetzeskonformer Vorgehensweise soll in der Folge, ohne irgendeinen Anspruch auf Vollständigkeit, anhand weniger Beispiele gezeigt werden.

Beispiel 1 – Raumordnung

Im Rahmen der Raumordnung ist die zielgerichtete Flächennutzung anzustreben. Die Festlegung der Nutzungskategorien, beispielsweise Bauland, obliegt dem Gemeinderat als Verordnungsgeber. Stellt sich nachträglich heraus, dass die widmungsgemäße Verwendung nicht zulässig ist, weil beispielsweise ein Hochwasserschutzbereich nicht beachtet wurde, kann das zu Amtshaftungsansprüchen des frustrierten Liegenschaftseigentümers oder Bauwerbers führen. Im Wege der Organhaftung können sodann die Entscheidungsträger, wie BürgermeisterInnen, schadenersatzrechtlich haftbar gemacht werden.

Beispiel 2 – Amtsmissbrauch

Der Bürgermeister ist in der Regel Baubehörde erster Instanz. Wird im Gemeindegebiet ein „Schwarzbau“ errichtet, hat die Baubehörde dessen Beseitigung aufzutragen, die Nutzung zu untersagen und all dies exekutieren zu lassen. Wird dies wissentlich unterlassen, ist der Straftatbestand des Amtsmissbrauchs (§ 302 StGB) erfüllt. Amtsmissbrauch - wissentlicher Befugnismissbrauch mit bedingter Schädigungsabsicht im Bereich der Hoheitsverwaltung - ist ein Verbrechen, das in seiner einfachsten Begehungsform mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren bedroht ist. In den letzten Jahren zunehmende Strafverfahren und Verurteilungen von BürgermeisterInnen zeigen deutlich die strafrechtliche Sensibilität.

Beispiel 3 – Untreue

Der Straftatbestand der Untreue (§ 153 StGB) ist sozusagen das „Spiegeldelikt“ zum Amtsmissbrauch, begangen im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung. Untreu handelt, wer seine Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen, wissentlich missbraucht und dadurch eine Vermögensschädigung bewirkt. Die rechtswidrige Bevorzugung eines Bieters bei einer Auftragsvergabe oder die Vergabe von Subventionen ohne gesetzeskonforme Beschlussfassungen an örtliche Sportvereine verwirklicht diesen Straftatbestand, der in seiner einfachsten Begehungsform mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen bedroht ist. Auch diesbezüglich zeigen die Strafgerichte die zunehmende Tendenz, Verfehlungen zu ahnden.

BürgermeisterInnen geraten also seit Jahren zunehmend in den Fokus der Strafgerichte und sind auch laufend Ziel anonymer Anzeigen, denen die Strafverfolgungsbehörden nachzugehen haben. Kommunalpolitik basiert überwiegend auf der Bereitschaft freiwilliger Leistungserbringung für das Gemeinwohl. Verbunden mit dem verfassungsrechtlich normierten gleichen und freien Wahlrecht ist die Ausübung (auch) kommunalpolitischer Mandate und Funktionen an keine fachlichen Qualifikationen gebunden. BürgermeisterInnen sind daher gezwungen, sich neben ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit forciert mit Rechtsnormen auseinanderzusetzen, aber auch zu ihrem eigenen Schutz professionelle Berater zu engagieren.



Dr. Dieter Neger

ist auf Wirtschaftsrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Gemeinderecht spezialisierter Rechtsanwalt und Gründungspartner der Neger / Ulm Rechtsanwälte GmbH in Graz.
www.neger-ulm.at

Veranstaltungs- und Projektreihe **zukunft_findet_stadt:**

TERMINAVISO

Podiumsdiskussion und Präsentation der Broschüre
„Smart City 2.0 – Wie urban ist Digitalisierung?“

FH Campus Wien, B.E.02, Favoritenstraße 26, 1100 Wien

24

Jänner

18 Uhr

1110 Wien, Mautner Markhof-Gasse 38-42

Eigentum mit Stil

www.wiensued.at

Eigentum
ab

€ 147.390,-

2- bis 4-Zimmer bis zu
123 m² Nutzfläche

EKZ: 30 kWh/m² a

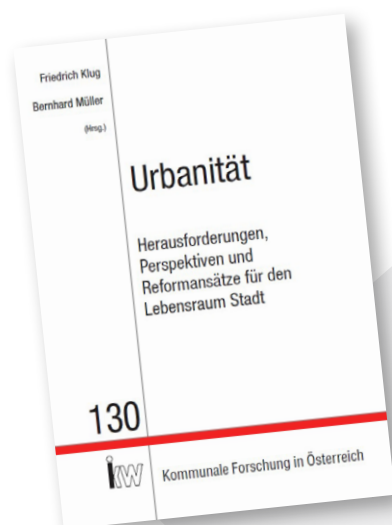
Symbolbild, Änderungen vorbehalten.
Visualisierung: www.schreinerkastler.at

INFORMATION „Wien-Süd“
1230 Wien, Untere Aquäduktgasse 7
Frau Petra Posch-Geutner
E-Mail: p.posch-geutner@wiensued.at

01 866 95-1431

WIEN SÜD


Wir gestalten Lebensraum

**Herausgegeben von:**

Friedrich Klug, Bernhard Müller

Mit Beiträgen von:Marie Grüner, Patrick Horvath,
Friedrich Klug, Christoph Luchsinger,
Gabriele Matzner, Bernhard Müller,
Alexandra Schantl, Julia Scharnig,
Wolfgang Scherz, Johannes Schmid,
Rainer Spenger, Michael Wilczek,
Detlef Wimmer**Das Buch „Urbanität. Herausforderungen,
Perspektiven und Reformansätze für den
Lebensraum Stadt“**

IKW-Band 130 | ISBN 978-3-902493-18-0

ist zum Unkostenbeitrag von EUR 10,-
(zzgl. Versandkosten) bei**Urban Forum****Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**Tel.: +43/2622 21132 | office@urbanforum.at
Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt
erhältlich.

**„IRGENDJEMAND
WIRD MICH HOFFENTLICH
PFLEGEN,
ABER BITTE
NICHT IRGENDWER.“**

UNSERE PFLEGEVERSICHERUNG:Sichern Sie sich Ihr privates Pflegegeld und Betreuung ganz nach
Ihren Wünschen. Egal, ob zu Hause in Ihren eigenen vier Wänden
oder im Seniorenheim – Sie haben über das Geld freie Verfügung.[f/wienerstaedtiche](https://www.facebook.com/wienerstaedtiche)**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**